

UWG hält an Ortsumgehung fest

Unabhängige wollen Mai-Beschluss aufheben lassen / Abrechnung mit Politikstil



Von links: Ratsherr Peter Schierloh, Pressesprecher Christian Marbach und Fraktionschef Otto Sackmann. FOTO: D. GEHRMANN

Von unserem Redaktionsmitglied
Daniel Gehrmann

GANDERKESEE. Die Unabhängige Wählergemeinschaft Ganderkesee (UWG) hat beantragt, dass die Gemeinde ihren Beschluss von Ende Mai aufhebt und eine endgültige Trasse für die von der UWG favorisierte Ortsumgehung Bookholzberg beschließt. Außerdem solle die Gemeinde einen Flächennutzungsplan aufstellen, so die UWG auf einer Pressekonferenz zu ihrem Antrag.

Gleichzeitig nutzte die Wählergemeinschaft ihre Pressekonferenz zu einer Generalabrechnung mit Politik und Politikstil in der Gemeinde. „Es kann nicht angehen, dass über Jahre gar nicht informiert wird und dann nur hinter verschlossenen Türen“, beschwerte sich Pressesprecher Christian Marbach. „Es kann nicht sein, dass die Ganderkeseer in Delmenhorst anrufen müssen, um sich zu informieren, weil in ihrem eigenen Rathaus geblockt und gemauert wird.“ Fraktionschef Otto Sackmann ergänzte, es handele sich bei der Verkehrsplanung um eine eilbedürftige Angelegenheit, aber „die Eilbedürftigkeit ist auch in anderen Fällen mit Füßen getreten worden.“

So wartete die UWG das halbe Jahr ab, das die Gemeindeordnung vorsieht, ehe ein

Antrag ein zweites Mal in den Rat eingebracht werden darf. Sie knüpft an frühere Initiativen an: In Ortsentwicklungskonzepten sei 1978 und 1999 eine Ortsumgehung für Bookholzberg gefordert worden. In den Bedarfsplan 2004 für Bundesfernstraßen sei die Ortsumgehung zwar aufgenommen, aber nur als „weiterer Bedarf“ eingestuft worden. Die Sache ging an den Petitionsausschuss des Bundestages, der sie über den Bundestag an den Bundesverkehrsminister weitergeleitet hat.

Im Mai hob Ganderkesee den Antrag von Anfang 2001 auf, die Ortsumgehung Bookholzberg in den Bedarfsplan für Bundesfernstraßen aufzunehmen, behielt die Ortsumgehung aber „im Zuge der B 212“ bei. Die UWG aber will die Trasse. Von CDU und SPD erwartet Marbach, dass sie ihre bisherige Position überdenken. Auf Kosten der Hohenböken. „Es ist ganz klar“, räumt Marbach auf Nachfrage ein: „Einer muss die Zeche zahlen.“ Sackmann kritisiert den Ratsbeschluss, der die Ortschaft verschonen will: „Zwischen Bookholzberg und Hude gibt es nur Hohenböken, also muss die Ortsumgehung durchlaufen.“ Das Ausbaugesetz werde voraussichtlich 2010 kommen, „aber dann ist es zu spät“. Sackmann sieht eine breite Zustimmung zur Trasse.